

Karl-Heinz Kriz, Hans-Jürgen Gräfe  
(Herausgeber)

# Mittendrin

*Die Berliner Volkspolizei 1989/90*

**edition ost**

Sämtliche Inhalte, Fotos, Texte und Graphiken dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

ISBN 978-3-360-01857-1

© 2014 edition ost im Verlag Das Neue Berlin, Berlin  
Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin,  
unter Verwendung eines Motivs von picture alliance/Peter Kroh  
Illustrationen: Archiv der Autoren; Polizeihistorische Sammlung  
Berlin S. 10; Robert Allertz S. 323

Die Bücher des Verlags Das Neue Berlin und der edition ost  
erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe.

[www.edition-ost.de](http://www.edition-ost.de)

## Das Buch

*Im Herbst 1989 spitzten sich die gesellschaftlichen Probleme der DDR dramatisch zu. Die Führung zeigte sich handlungsunwillig und auch -unfähig. Der größte Teil des Volkes folgte ihr nicht mehr, und viele Menschen kehrten ihrem Land den Rücken.*

*Die Volkspolizei war Teil dieses Volkes, zugleich aber auch Machtorgan der politischen Führung und von dieser aufgefordert, die innere Ordnung und damit die bestehenden Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten. In diesem Zwiespalt agierte sie.*

*Im Oktober, als der Machtkampf inzwischen auf der Straße ausgetragen wurde, handelte auch die Berliner Volkspolizei entsprechend der ihnen erteilten Befehle. Es kam dabei zu Übergriffen, die später untersucht werden mussten.*

*Erstmals machen führende Polizisten der DDR-Hauptstadt mit unbekanntem Dokumenten, Befehlen und Zeugenberichten sichtbar, was in jenen Wochen tatsächlich geschah. Und sie berichten, wie in den folgenden Monaten die Vereinigung der Ost- mit der Westberliner Polizei erfolgte.*

## Die Autoren

**Herbert Damm**, Jahrgang 1933, Diplomstaatswissenschaftler, 37 Jahre VP, zuletzt Leiter der VPI Friedrichshain, VP-Direktor a. D.

**Werner Förster**, Jahrgang 1936, Diplomgesellschaftswissenschaftler, Stellvertretender VP-Präsident bis März 1990, Oberst der VP a. D.

**Hans-Jürgen Gräfe**, Jahrgang 1943, Diplomgesellschaftswissenschaftler, Absolvent der Militärakademie der NVA, 28 Jahre VP, tätig in der Öffentlichkeitsarbeit, VP-Rat a. D.

**Jürgen Heisler**, Jahrgang 1943, Diplomgesellschaftswissenschaftler, 30 Jahre VP, zuletzt Stellv. Leiter der VPI Köpenick, VP-Oberrat a. D.

**Adolf Kirsch**, Jahrgang 1938, 33 Jahre VP, VP-Oberrat a. D., zuletzt Personaloffizier im Bundesinnenministerium.

**Karl-Heinz Kriz**, Jahrgang 1947, Diplomstaats- und -gesellschaftswissenschaftler, 22 Jahre VP, zuletzt VP-Oberrat und Leiter der Abteilung Ausbildung im PdVP.

**Dieter Zeisberg**, Jahrgang 1941, Diplomgesellschaftswissenschaftler, Absolvent der Militärakademie der NVA, 19. VPB, zuletzt im Stab des PdVP, 31 Jahre VP, VP-Rat a. D.

# Inhalt

Vorwort .....	9
Einleitung .....	12

## *I. Kapitel: Struktur und Aufgaben der Volkspolizei Berlin*

1. Der Präsident der Volkspolizei Berlin und das PdVP Berlin .....	18
2. Die personellen Anforderungen an die Volkspolizei und an die Organe des MdI .....	20
3. Die Führungsstruktur einer VP-Inspektion (VPI) ..	22
4. Das Diensthabende System .....	25
5. Rolle und Aufgaben der Stäbe .....	26
6. Das Politorgan in der Volkspolizei Berlin .....	29
7. Die Versorgungsdienste der Volkspolizei Berlin ....	31
8. Aufgaben und Dienstzweigstruktur .....	33
8.1 Die Schutzpolizei .....	35
8.1.1 Der schutzpolizeiliche Streifendienst und die ZKS .	36
8.1.2 Die Abschnittsbevollmächtigten .....	39
8.1.3 Das Diensthundewesen .....	43
8.1.4 Das Erlaubniswesen .....	44
8.1.5 Der Munitionsbergungsdienst .....	46
8.2 Die Kriminalpolizei .....	47
8.2.1 Die Dezernate der Kriminalpolizei im PdVP Berlin .	49
8.2.2 Weitere Elemente der Struktur der Kriminalpolizei .	54
8.2.3 Die Kriminalpolizei in den VPI .....	55
8.3 Die Verkehrspolizei .....	58
8.4 Der Betriebsschutz .....	62
8.5 Das Pass- und Meldewesen .....	64
8.6 Das Transportpolizeiamt Berlin .....	66
8.7 Die Wasserschutzinspektion .....	69
9. Das Wachkommando Missionsschutz .....	70
10. Die Volkspolizei-Bereitschaften .....	72
10.1 Die Struktur einer VP-Bereitschaft .....	74
10.2 Die Aufgaben der Berliner VP-Bereitschaften .....	76

11. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse .....	78
12. Das Organ Feuerwehr .....	80
13. Das Organ Strafvollzug .....	82
14. Zum Zusammenwirken der VP mit Diensteinheiten des MfS .....	85

### *II. Kapitel: Die Volkspolizei zu Zeiten des Kalten Krieges und der Reformverweigerung*

1. Das internationale Kräfteverhältnis veränderte sich ..	93
2. Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik scheiterte .....	96
3. Eine Änderung der Politik der Hauptaufgabe wurde strikt abgelehnt .....	99
4. Die Stagnation trat offen zutage .....	100
5. Systemauseinandersetzung und ökonomischer Niedergang hatten ernste Folgen ....	101
6. Zum Wirken oppositioneller Kräfte .....	104
Resümee .....	107

### *III. Kapitel: Das Jahr 1989 und seine Herausforderungen*

1. Die Wirklichkeit war eine andere .....	112
1.1 Wahlen wurden zur Initialzündung .....	114
1.2 Die innenpolitische Lage verschärfte sich .....	115
1.3 Besetzungen von BRD-Botschaften wurden Alltagsereignisse .....	118
1.4 Vertretung der BRD schätzte die Lage anders ein ..	121
1.5 Neue Kräfte betraten die Bühne .....	122
2. Der Ordnungseinsatz zum 40. Jahrestag der DDR .	124
2.1 Zur Befehlslage .....	125
2.2 Das Führungssystem der VP Berlin .....	128
2.3 Neues Sicherheitskonzept wurde befohlen .....	131
2.4 Zur Lageentwicklung am 7. Oktober 1989 .....	133
2.5 Oppositionelle wollten Zugang zum Palast .....	135
2.6 Gethsemanekirche: Treff- und Ausgangspunkt für Aktionen .....	140
2.7 Keine Provokationen an der Staatsgrenze .....	147
3. Die Fortsetzung des Einsatzes am 8. Oktober 1989 .	148
3.1 Der Widerstand auf der Straße wuchs an .....	154

3.2 Die Nichtbeherrschung der Zuführungspraxis – eine bittere Bilanz .....	158
3.3 Lage in den Zuführungspunkten erneut in der Kritik .	169
3.4 Eine falsche Sicherheitspolitik war gescheitert .....	174
3.5 Zur Unabhängigen Untersuchungskommission ....	177
3.6 Auseinandersetzungen in der Leitung des PdVP Berlin .....	179
3.7 Disziplinarische und gerichtliche Konsequenzen ...	185
3.8 Schlussbemerkungen zum Gesamteinsatz .....	190
4. Neue Bedingungen für Ordnung und Sicherheit ...	191
5. Die Großdemonstration am 4. November 1989 ...	194
6. Unerwartete Grenzöffnung am 9. November 1989 .	202
6.1 Überstürzte Fertigstellung der Reiseverordnung ....	202
6.2 Die Pressekonferenz am 9. November 1989 .....	206
6.3 Die Grenzöffnung zu Westberlin .....	207
7. Einige Hauptaussagen zur Lageentwicklung 1989 ..	217
8. Ausgewählte Teilergebnisse aus dem Jahr 1989 ....	218
Resümee .....	222

#### *IV. Kapitel: Die Aufgaben in der Zeit der Modrow-Regierung*

1. Versuche staatlicher und gesellschaftlicher Erneuerung	234
2. Neue Herausforderungen für die VP Berlin .....	236
3. Die Rolle des Zentralen Runden Tisches .....	240
4. Auflösung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse ...	243
5. Lage im Strafvollzug und die Amnestie 1989 .....	244
6. Ein neuer Präsident der VP Berlin .....	246
7. Reaktivierung der Gewerkschaften in der VP Berlin	247
8. Zur Zusammenarbeit mit der Polizei in West-Berlin	250
9. Der »Sturm« auf die Zentrale des AfNS am 15. Januar 1990 .....	253
10. Die Gründung der Treuhandanstalt .....	257
11. Sicherung der Volkskammerwahl am 18. März 1990	258
Resümee .....	259

#### *V. Kapitel: Die Aufgaben der VP Berlin*

##### *in der Zeit der Regierung de Maizière*

1. Neue Anforderungen nach dem Regierungswechsel .	262
2. Der Einsatz am 1. Mai 1990 .....	266

3.	Strukturveränderungen und Einführung neuer Dienstgrade .....	269
4.	Aufgaben der VP Berlin bei der Einführung der D-Mark .....	270
5.	Ein neues Selbstverständnis der VP entstand .....	272
6.	Die Lageentwicklung im I. Halbjahr 1990 .....	274
7.	Die Stagnation der Kooperation mit der West-Berliner Polizei .....	280
8.	Die Entwicklung bis zum Beitritt am 3. Oktober 1990 .....	289
	Resümee .....	291

*VI. Kapitel: Übernahme der VP Berlin durch das Land Berlin*

1.	Übergang der Polizeihöhe auf das Land Berlin ...	296
2.	Auswahlmäßige Übernahme von Teilen der Volkspolizei Berlin .....	300
3.	Einzellösungen für die Dienstzweige und Organe ..	305
3.1	Transportpolizei (Trapo) .....	306
3.2	Die Zentralen Kräfte Schutzpolizei (ZKS) .....	306
3.3	Der Betriebsschutz (BS) .....	307
3.4	Verkehrspolizei (VK) .....	307
3.5	Kriminalpolizei (K) .....	308
3.6	Pass- und Meldewesen (PM) .....	308
3.7	Wachkommando Missionsschutz (WKM) .....	309
3.8	Die VP-Bereitschaften (VPB) .....	311
3.9	Betriebsschutzamt Flughafen Schönefeld (BSA FH)	312
3.10	Das Organ Feuerwehr (F) .....	312
3.11	Das Organ Strafvollzug (SV) .....	313
3.12	Versorgungsdienste (VD) .....	313
	Resümee .....	314

	Nach-Worte .....	318
	Danksagung .....	322

	<i>Anlagen</i> .....	327
	Verzeichnis der Anlagen .....	389

# Vorwort

*Von Chefinspekteur a. D. Dirk Bachmann,  
Präsident der VP Berlin vom 1. Januar bis 1. Oktober 1990*

Mit dem vorliegenden Buch informieren die Autoren sachkundig über die letzten zwei Jahre der Volkspolizei Berlin. Dabei werden sowohl eigene Schwächen und Fehler aufgedeckt als auch Unterstellungen und Halbwahrheiten zurückgewiesen.

Mit schonungsloser Offenheit wird von ehemals verantwortlichen Offizieren das Wirken der VP Berlin analysiert. Sie wollen damit nicht die Deutungshoheit über die eigene Geschichte erlangen, wohl aber persönliche Wahrnehmungen und Meinungen in die Geschichtsbetrachtung einfließen lassen. Es wird auch Antwort auf die Frage gegeben, wieso die systemverändernden Ereignisse von 1989/90, die oft auch als »friedliche Revolution« bezeichnet werden, friedlich verliefen und welchen Anteil die Volkspolizei daran hatte. Dabei helfen den Autoren unbestechliche Dokumente und viele einzigartige Zeitzeugnisse aus unterschiedlichen Quellen.

Die tiefgründige geschichtliche Aufarbeitung der Arbeit der Volkspolizei in den Jahren 1989 und 1990 macht deutlich, dass es auch unter schwierigen Bedingungen vorrangiges Bestreben der Volkspolizisten war, die allgemeine Ordnung aufrechtzuerhalten und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Erfolgreich wurden Gewalt und Chaos verhindert, auch wenn nicht alles gelang. In der Erinnerung der Beteiligten aber bleibt: Dank der aufopferungsvollen Arbeit der Volkspolizisten, der Angehörigen der Feuerwehr und des Strafvollzuges sowie der Zivilbeschäftigten verlief der gesellschaftliche Umbruch in Berlin friedlich. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die VP-Führungskräfte haben in den letzten zwei Jahren der DDR engagiert dafür gearbeitet und verdienen dafür Achtung und Anerkennung.

Die Autoren verklären die Arbeit der VP Berlin keineswegs, sie stellen aber berechtigt auch nicht das Licht unter den Scheffel. Das war und ist legitim, weshalb ich ihre Recherchen mit großer Bereitschaft unterstützte.

Ohne Zweifel hatte die Volkspolizei Berlin in den letzten zwölf Monaten ihres Bestehens eine beachtenswerte Entwicklung genommen, welche von den politischen Veränderungen vorangetrieben wurde. Auch im Inneren der VP erfolgte ein Prozess des tieferen Nachdenkens, der kritischen Analyse, der Entwicklung neuer Konzepte, des Suchens nach einem neuen Selbstverständnis. Daraus ergaben sich die Schritte für eine demokratische Erneuerung. Der Gründungsanspruch, Polizei *des Volkes* zu sein, bestimmte das Handeln gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Viel Kraft wurde in die Zusammenarbeit mit den neuen politischen Bewegungen, Parteien und Organisationen investiert. Es entstand der Begriff »Sicherheitspartnerschaft«, der bei der Absicherung von Veranstaltungen und anderen Ereignissen mit Leben erfüllt wurde.



*Dirk Bachmann, Präsident der Volkspolizei Berlin, und Georg Schertz, Polizeipräsident in Berlin, 1990*

Die Arbeit der Unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Ereignisse vom 7./8. Oktober 1989 erfuhr bei der Aufklärung intensive Unterstützung. Am Berliner Runden Tisch wirkte das VP-Präsidium selbstbewusst und engagiert mit, Transparenz und Offenheit bestimmten zunehmend unser Handeln, die Öffentlichkeits- und Pressearbeit wurden neu ausgerichtet und intensiviert. Es gelang dennoch nicht, überall überzeugend und glaubhaft ein bürgernahes und sympathisches Image zu erzeugen. Die VP Berlin war im Jahre 1990 meist in der Defensive und lief oft nur reaktiv den Ereignissen, aber auch der öffentlichen Achtung und Akzeptanz hinterher.

Das Buch macht ferner deutlich, dass die Arbeit der Volkspolizei bereits in dieser Zeit zugleich durch die Vorbereitung der Zusammenführung beider Polizeibehörden Berlins unter der Dominanz der West-Berliner Seite und den damit verbundenen Verunsicherungen der Mitarbeiter und Führungskräfte geprägt wurde. Die Autoren stellen ferner die partielle Integration der Volkspolizei in die West-Berliner Polizei sowie die Rolle der Volkspolizei und ihrer Führung realistisch, unverfälscht und sachbezogen dar. Damit treten sie überzeugend allen Bemühungen entgegen, die Rolle der Volkspolizei in der Phase des gesellschaftlichen Umbruchs 1989/90 in die eine wie in die andere Richtung politisch zu instrumentalisieren.

Die Autoren dieses Buches liefern sowohl der Forschung zur Rolle der Polizei in der DDR als auch einer historisch und politisch interessierten Öffentlichkeit überzeugende Fakten und Anregungen. Das war längst überfällig. Immerhin ist seit den Vorgängen, die sie untersuchten, bereits ein Vierteljahrhundert vergangen.

*Berlin, Januar 2014*

# Einleitung

*Von den Herausgebern*

Es sind nun schon mehr als zwei Jahrzehnte vergangen, in denen die DDR und BRD wieder ein gemeinsames Deutschland bilden. Berechtigterweise stellen viele Bürger sich noch heute die Frage, warum die Entwicklung in der Zeit der politischen Umbrüche 1989/90 in der ehemaligen DDR so verlief, wie sie letztlich verlaufen ist und nicht anders. Dies gilt auch und besonders für das Handeln der Volkspolizei, über das bis heute keine evidente Darstellung vorliegt. Unser Anspruch ist es, Erinnerungen aus erster Hand zu dokumentieren und – gerade auch wissenschaftlich – zugänglich zu machen.

Damals waren wir und die von uns konsultierten Zeitzeugen vor allem Akteure in den verschiedenen Dienststellungen der Volkspolizei Berlin. Im Folgenden werden wir diese schwierigste Periode unserer Dienstzeit kritisch aufbereiten und ohne Vorurteile einschätzen. Wissend, dass wir in unseren Aussagen zu den Vorgängen befangen sein können, war unser Bemühen stets darauf ausgerichtet, am Primat von Fakten und Beweisen festzuhalten. Damit wollen wir vermeiden, dass neue zeitgeschichtliche Mythen von 1989/90 entstehen.

45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs scheiterte der historische Versuch, auf einem Teilgebiet des ehemaligen Deutschen Reiches eine antifaschistische, demokratische und sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Das Wirken der Volkspolizei sollte dieser Entwicklung Stabilität und Sicherheit verleihen. Die Verschärfung der gesellschaftlichen Krise der DDR im Herbst 1989 und die damit verbundene politische Destabilisierung des Staates sowie der beginnende Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse bis hin zur Auflösung des Staates selbst veränderten die Anforderungen an die Volkspolizei radikal.

Wir verdeutlichen, ausgehend von den grundlegenden Aufgaben und der Struktur der Volkspolizei Berlin, die Arbeit des

Präsidiums und seiner ihm unterstellten Dienststellen und Einheiten in dieser Zeit der Umgestaltung und Neuordnung der Gesellschaft. An der innerstädtischen Grenze von Berlin stießen zwei weltanschauliche Systeme aufeinander, deren Spannungen im Kalten Krieg in einem völlig absurden Vernichtungspotenzial für alle Zeit erstarrt schienen. Nirgendwo sonst auf der Welt gab es so viele Geheimdienste und Agententätigkeit wie in dieser geteilten Stadt. Das steingewordene Misstrauen der beiden Machtblöcke zog sich als Grenzsicherungsanlage mitten durch die Stadt.

Diese Erstarrung, deren stete Begleitung das Szenario eines möglichen Atomkriegs war, konnte dann ab 1985 mit der Politik Gorbatschows wesentlich entschärft werden.

Die Führung der SED verweigerte sich jedoch den sowjetischen Vorstellungen zur Öffnung, während die USA und die BRD diesen Prozess interessenbezogen aktiv beförderten. Diese Konstellation war eine wesentliche Bedingung dafür, dass 1989/90 in der DDR gewaltige gesellschaftliche Veränderungen durch landesweite Massenproteste herbeigeführt werden konnten. Erich Honecker trat von sämtlichen Ämtern zurück. Kurz darauf erfolgte der geschlossene Rücktritt des ZK der SED und der Regierung Stoph. Die sich immer besser organisierenden Oppositionsgruppen begannen die Staatsmacht, einschließlich der neuen Regierung Modrow, zu kontrollieren. Der massenhafte Wunsch nach Reisefreiheit in einem ideologisch aufgeheizten Klima bewirkte letztthin den plötzlichen Fall der Mauer. Das verfassungsmäßig festgeschriebene Führungsmonopol der SED wurde beseitigt, und der Geheimdienst sowie die Kampfgruppen der Arbeiterklasse mussten ihre Waffen abgeben. Schließlich fand am 18. März 1990 eine Neuwahl der Volkskammer statt, aus der die »Allianz für Deutschland«, bestehend aus der ehemaligen Blockpartei CDU und den neu gegründeten Parteien Demokratischer Aufbruch (DA) und Deutsche Soziale Union (DSU), als Siegerin hervorging.

Die im Ergebnis der Volkskammerwahlen gebildete Koalitionsregierung de Maizière, in der außer der »Allianz für Deutschland« auch die SPD und die Liberalen mitwirkten, strebte nach dem Slogan »Wir sind ein Volk!« die schnelle Einheit Deutschlands an. Mit dem »Zwei-plus-Vier-Vertrag« 1990 wurden dafür

die außenpolitischen Weichen gestellt. Während die politischen und wirtschaftlichen Schauplätze in der DDR die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich zogen, verrichtete die Volkspolizei in Berlin weiter ihren Dienst und handelte bei offener Grenze als alleinige Ordnungsmacht.

Eine gewisse Ironie der Geschichte ist: Die Volkspolizei begleitete nun über weite Strecken einen Prozess, den sie im Herbst 1989 mit aller Macht hatte verhindern sollen.

Es bleibt zu fragen, warum diese gewaltigen Veränderungen friedlich verliefen. Es greift sicher zu kurz, den friedlichen Umbruch nur einer Interessengruppe, einer politischen Person oder einem bestimmten Aufruf zum Gewaltverzicht zuzuschreiben. Für eine endgültige historische Einordnung der Geschehnisse wäre auch zwingend der Umstand zu erforschen, warum auf keiner Ebene des Staates und der SED ein Befehl zum Gebrauch von Waffen in den Reihen der Staatsorgane erlassen wurde. Die damalige Befehlslage schloss jeden Gebrauch von Waffen sogar ausdrücklich aus.<sup>1</sup>

So darf auch die Berliner Volkspolizei ihren eigenständigen Beitrag für den insgesamt friedlichen Verlauf im historischen Gefüge zwischen 40. Jahrestag der DDR und Wiedervereinigung beanspruchen und muss sich nicht auf medial dargestellte Befugnisüberschreitungen reduzieren lassen, die es zweifellos bei einzelnen Aktionen während des Ordnungseinsatzes zum 40. Jahrestag der DDR gegeben hat.

Um das Denken und Handeln der Berliner Volkspolizei in dieser Zeit möglichst objektiv beurteilen zu können, erschien es uns wichtig, im I. Kapitel eine Übersicht über ihre Aufgaben und Struktur ohne jegliche Bewertung der Ergebnisse ihrer Tätigkeit voranzustellen. Darauf verweisen wir dann im Zusammenhang mit den volkspolizeilichen Handlungen in den letzten zwei Jahren der DDR. Mit den umfangreichen Einsätzen zum 40. Jahrestag der DDR, zur Großdemonstration am 4. und zur Grenzöffnung am 9. November 1989 befassen wir uns ausführlich.

Gründlich und kritisch äußern wir uns zum Ordnungseinsatz am 7./8. Oktober 1989. Hier weisen wir nahezu vollständig die damals bestehende Befehlsgebung nach. Wir benennen Verstöße bei der Wahrnehmung der Befugnisse und Verletzungen

der Menschenwürde an diesen Tagen, vor allem bei zugeführten und vorläufig festgenommenen Personen auf dem Transport und in den Zuführungspunkten durch einzelne Einsatzkräfte. Die zu Grunde liegenden Ursachen werden von uns aufgehellet. Wir wissen, dass viele Menschen, besonders die aktiv und passiv beteiligten Personen, durch diese Handlungen eine negative Meinung von der Volkspolizei bekamen.

Ungesetzliches Verhalten Einzelner, so das Ergebnis unserer Recherche, war weder gesetzlicher Auftrag noch befohlen. Das macht es nicht ungeschehen, erklärt lediglich, dass es keine Kausalität zwischen Befehlserteilung und Befugnisüberschreitung gegeben hat. Dennoch gab es ein schwerwiegendes Versagen der politischen und polizeilichen Führung bei diesem Einsatz, nämlich in Fehlbeurteilung der tatsächlichen Lage die Einsatzkräfte darauf orientiert zu haben, dass oppositionelle Kräfte überwiegend Staatsfeinde seien. Auch nicht rechtzeitig für die notwendigen personellen und sachlichen Voraussetzungen zur menschenwürdigen Unterbringung und zum ordnungsgemäßen Ablauf in den Zuführungsräumen gesorgt zu haben, gehörte zu ihren Fehlern. Darauf gehen wir im Einzelnen ein.

Mit der Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär des ZK der SED erfolgte im Herbst 1989 die längst überfällige grundsätzliche Neuorientierung, dass politische Probleme nur mit politischen Mitteln zu lösen sind. Zum ersten Mal fand am 4. November 1989 in Berlin auf dem Alexanderplatz eine genehmigte Großdemonstration statt, die diesem Anliegen voll entsprach. Die enge Sicherheitspartnerschaft zwischen den Veranstaltern und den Sicherheitskräften beweist, dass sowohl die Leiter und Vorgesetzten als auch die operativen Kräfte der Volkspolizei Berlin begonnen hatten, Lehren aus den vorangegangenen Ereignissen zu ziehen. Zunehmend wurde ihr Handeln unter den neuen Bedingungen souveräner.

Bei der unerwarteten Grenzöffnung am 9. November 1989 stellen wir das gewachsene Maß an Verantwortungsbewusstsein der beteiligten Sicherheitskräfte in den Mittelpunkt unserer Betrachtung. Schnelle richtige Lagebeurteilungen, flexibler Kräfteinsatz und vor allem das besonnene Handeln der Volkspolizisten in Uniform vor Ort trugen neben den Hauptakteuren, den Grenztruppen der DDR und den Passkontrolleinheiten des

MfS dazu bei, einen bewaffneten Konflikt, zumindest aber größere Störungen und Gefahren zu verhindern.

Nachdem wir uns mit den Hauptaufgaben und Handlungen der Berliner Volkspolizei zur Zeit der Modrow-Regierung und der Regierung de Maizière befasst haben, gehen wir schließlich auch auf die ersten Schritte der Zusammenarbeit zwischen den Polizeidienststellen in beiden Teilen der Stadt Berlin ein und hinterfragen die Übernahme ausgewählter Kräfte und Mittel der Volkspolizei Berlin durch die West-Berliner Polizei.

Bei den Nachforschungen haben wir uns auf umfangreiche Literaturquellen und Archivdokumente sowie zahlreiche persönliche Gespräche mit ehemaligen Volkspolizisten – vom Polizeimeister bis zum letzten Präsidenten der Volkspolizei Berlin – gestützt. Auch andere Zeitzeugen gaben uns wichtige Hinweise. Wir, die Autoren, kamen in den letzten beiden Jahren regelmäßig zusammen, erarbeiteten uns zu den damaligen Geschehnissen zeitbezogene Bewertungen, stritten um so manches Detail und waren bemüht, die geschichtlichen Vorgänge weitgehend objektiv wiederzugeben.

Heute sind die Berliner Volkspolizei und die DDR als Staat Geschichte. Möge unser Buch dazu beitragen, ihr Handeln in dem so einmaligen Systemumbruch 1989/90 zu verdeutlichen. Mehr als 40 Jahre traten Volkspolizisten, Kriminalisten, Feuerwehrmänner und Angehörige des Strafvollzuges in einer Millionenmetropole für eine hohe öffentliche Ordnung und Sicherheit ein und bestanden so manche Bewährungsprobe. Zweifelsohne hatten sie ihren unmittelbaren Anteil am friedlichen Übergang in eine neue Zeit.

#### Anmerkung

1 Vgl. Hertle, Hans-Hermann: Chronik des Mauerfalls. Berlin 1996, in 11. erw. Auflage 2009. Künftig zitiert als: Hertle Mauerfall. Hier S. 214. Hertle bezieht sich auf die Befehlsgebung von Honecker und Krenz jeweils in der Funktion des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. Analoge Festlegungen waren auch im Befehl Nr. 08/89 des Vorsitzenden der BEL Berlin getroffen worden. Vgl. auch Anlage 10, Ziffer 8.

# *I. Kapitel*

## Struktur und Aufgaben der Volkspolizei Berlin

Die Deutsche Volkspolizei als Teil der einheitlichen sozialistischen Staatsmacht wurde zentral vom Ministerium des Innern (Mdi) über die Bezirksbehörden (BdVP) und in der DDR-Hauptstadt über das Präsidium der Volkspolizei (PdVP) geführt. Die nachgeordnete Ebene bildeten die Volkspolizeikreisämter, in Ost-Berlin die Volkspolizeiinspektionen (VPI). Die Dienststellen der Volkspolizei unterstanden also nicht den örtlichen Volksvertretungen oder ihren Organen, in Berlin dem Magistrat von Berlin bzw. den Räten der Stadtbezirke. Allerdings waren sie gesetzlich verpflichtet, mit ihnen zusammenzuarbeiten.<sup>1</sup> Ihre Hauptaufgabe, jederzeit die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, musste die Volkspolizei stets unter den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen in der Hauptstadt der DDR erfüllen.<sup>2</sup>

Das Territorium der DDR-Hauptstadt umfasste 403 Quadratkilometer, dort lebten 1988/89 rund 1,3 Millionen Menschen, was die höchste Einwohnerzahl in ihrer Geschichte war.<sup>3</sup>

Besondere Anforderungen ergaben sich aus der Teilung der Stadt und dem bis zum Ende der DDR geltenden Viermächtestatus für Gesamt-Berlin. Die Hauptstadt war zudem Regierungssitz der DDR, hier befanden sich ihre wichtigsten zentralen staatlichen und politischen Einrichtungen des Landes: das Zentralkomitee der SED, die Volkskammer (Parlament), der Staatsrat, der Ministerrat (Regierung) und die Ministerien sowie Einrichtungen der Wissenschaft, Kultur und Kunst. Berlin war der Sitz zahlreicher diplomatischer Vertretungen ausländischer Staaten. Der Umstand, dass (Ost-)Berlin von 1949 bis 1990 Hauptstadt war, sorgte objektiv dafür, dass Berlin ohne Unterbrechung seit 1871 deutsche Hauptstadt ist.

Bedeutende Kombinate prägten die DDR-Metropole als Industriestadt, man denke an das VEB Kabelwerk Oberspree »Wilhelm Pieck«, die VEB Elektro-Apparate-Werke »Friedrich Ebert«, das VEB Werkzeugmaschinenkombinat »7. Oktober«, das VEB Kombinat NARVA Berliner Glühlampenfabrik und das Kombinat Automatisierungsanlagenbau. Eine zentrale Stellung nahm der Wohnungsbau ein.

Seit den 1970er Jahren entstanden drei neue Stadtbezirke mit der dazugehörigen Infrastruktur: Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen. Völlig neu gestaltet wurde das Nikolaiviertel, der historische Stadtkern Berlins. In keiner anderen Stadt der DDR gab es so viele schutzwürdige Anlässe und Großveranstaltungen, Staatsbesuche, Parteitage, Demonstrationen sowie Jugend-, Sport- und Kulturveranstaltungen. Die Hauptstadt war das politische, wirtschaftliche und geistige Zentrum der DDR.

### *1. Der Präsident der Volkspolizei Berlin und das PdVP Berlin*

Die Volkspolizei Berlin wurde vom Präsidenten der Volkspolizei Berlin geführt.<sup>4</sup> Sein Dienstsitz befand sich im Präsidium der Volkspolizei (PdVP), Hans-Beimler-Straße 27, jetzt Bernhard-Weiß-Straße 6. Er war dem Minister des Innern, der gleichzeitig auch Chef der Deutschen Volkspolizei war, direkt unterstellt und trug die Verantwortung für die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit auf dem Territorium der Hauptstadt der DDR einschließlich des Flughafens Berlin-Schönefeld, der bereits im Bezirk Potsdam lag.

Das PdVP und alle ihm nachgeordneten Dienststellen und Einheiten führte er nach dem Prinzip der Einzelleitung.<sup>5</sup> Ihm unterstanden alle Angehörigen der Volkspolizei Berlin und der Organe Feuerwehr und Strafvollzug sowie die Zivilbeschäftigten dieser Bereiche. Insgesamt befanden sich in seinem Führungsbereich bis November 1989 15.800 Mitarbeiter.<sup>6</sup>

Ihm zur Seite standen fünf Stellvertreter, darin eingeschlossen der Stellvertreter für politische Arbeit bis November 1989, danach noch vier Stellvertreter und mehrere Abteilungsleiter mit einem konkreten Verantwortungsbereich.<sup>7</sup> Der Präsident und seine Stellvertreter bildeten die Leitung des PdVP. In ihren meist

wöchentlichen Beratungen wurden die grundlegenden Entscheidungen des Präsidenten kollektiv erarbeitet. Das PdVP als Dienststelle hatte 1989 etwa 1.850 Mitarbeiter, davon 1.100 Angehörige mit Dienstvertrag und 750 Zivilangestellte mit Arbeitsvertrag.<sup>8</sup>

Die Funktion des PdVP als mittlere Ebene oder auch Bezirksebene (Mdl – PdVP – VPI) bestand vor allem darin, die Beschlüsse der SED, die Gesetze und Rechtsvorschriften der DDR sowie Direktiven, Befehle und Weisungen des Ministers des Innern konkret zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit für Ost-Berlin vorausschauend umzusetzen. Grundlagen dafür bildeten auch die Beschlüsse der Bezirksleitung Berlin der SED und der Stadtverordnetenversammlung.

Der Präsident war berechtigt und zugleich verpflichtet, in Realisierung seiner Verantwortung die entsprechenden Befehle und Anweisungen zu erlassen. Bei größeren Ordnungs- und Sicherheitsmaßnahmen, etwa bei Großveranstaltungen und wichtigen politischen Ereignissen, hatte er Entschlussvorlagen zu erarbeiten, die der Bestätigung des Ministers des Innern und Chefs der DVP bedurften, um danach Grundlage präsidialer Befehlserteilung zu werden.

Die wichtigste Pflicht der Stellvertreter des Präsidenten und der Abteilungsleiter des PdVP bestand in der Fachaufsicht des ihnen übertragenen Dienstbereiches. Dazu zählten auch die Leiter und Vorgesetzten in den nachgeordneten Dienststellen und Einheiten. Außerdem hatten sie die ihnen unmittelbar unterstellten Mitarbeiter politisch und fachlich zu führen, ihre Aufgaben untereinander zu koordinieren und als Ergebnis Voraussetzungen für eine effiziente Dienstdurchführung zu schaffen. Kontrollierte das PdVP nachgeordnete Dienststellen und Einheiten, so wurde es seinerseits durch das Mdl angeleitet und kontrolliert.

Komplexe Kontrollen, insbesondere zur Verwirklichung der Einheit von politischer und fachlicher Führung durch die Leiter der nachgeordneten Dienststellen, wurden periodisch unter Federführung einer dem Präsidenten direkt unterstellten Inspektion realisiert.

Zu den nachgeordneten Dienststellen gehörten elf VP-Inspektionen (VPI) mit 27 Volkspolizeirevieren (VPR), die Zen-

tralen Kräfte der Schutzpolizei (ZKS), das Transportpolizeiamt (TPA) mit vier Transportpolizeirevierern (TPR), und die Wasserschutzinspektion (WSI) mit einem Wasserschutzgruppenposten (WSGP). Auch das Wachkommando Missionsschutz (WKM) mit fünf Wachen, das Betriebsschutzamt Flughafen Berlin-Schönefeld (BSA), das Zentrale Betriebsschutzkommando (ZBSK), die Strafvollzugsanstalt (STVA), die beiden Untersuchungshaftanstalten (UHA I, UHA II) und die Strafvollzugseinrichtung (STVE) waren dem Präsidenten unterstellt. Die nachgeordneten Einheiten bestanden aus der 17., 18. und 19. Volkspolizeibereitschaft (VPB), deren Standort sich in Basdorf befand.

## *2. Die personellen Anforderungen an die Volkspolizei und an die Organe des MdI*

Der Präsident der Volkspolizei Berlin und die Leiter der Dienststellen waren persönlich verantwortlich für die rechtzeitige Auswahl, Förderung, Aus- und Weiterbildung, den Einsatz und die regelmäßige Attestierung (Beurteilung der Fähigkeiten) der Kader. Die dazu notwendige Planung, Befehlsvorbereitung und administrative Beherrschung des Prozesses oblag der jeweiligen Kaderabteilung, zu der auch Offiziere für Aus- und Weiterbildung gehörten.

Einstellungen in die Volkspolizei und die Organe Feuerwehr und Strafvollzug wurden in Dienstverträgen und der Zivilbeschäftigten in Arbeitsverträgen begründet.<sup>9</sup> Jede weitere Personalentscheidung bedurfte eines Befehls des jeweiligen Nomenklaturvorgesetzten. Für die Wachtmeisterdienstgrade waren das die Leiter der Dienststellen, für die Offiziersdienstgrade bis Hauptmann der Präsident der Volkspolizei Berlin. Der Minister des Innern war verantwortlich für die Delegation der Kader zu Fach- und Hochschulen, die Ernennung zum ersten Offiziersdienstgrad und für den Einsatz der Hochschulkader. Personalentscheidungen bei den Zivilbeschäftigten wurden Bestandteil der Arbeitsverträge.

Bereits zur Auswahl der Bürger für die Einstellung in die Volkspolizei und in die anderen Organe des MdI mussten